



Leserbriefe

Ihre Meinung ist uns wichtig. Senden Sie uns Ihre Fragen, Anregungen oder persönliche Meinungen. Bitte fassen Sie sich kurz, um so wahrscheinlicher wird die Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe ohne Rücksprache zu kürzen.

Funktionsfähige Demokratie

in der Ausgabe der Humanen Wirtschaft (03/2010) schreibt Prof. Berger im Beitrag „Der Finanzsektor gefährdet unsere Sicherheit“ auf Seite 7: „Wenn wir wählen gehen, ist das eine Farce. Die Politik hat keinen Spielraum mehr und wir haben keine Wahl.“

Wie es dazu unter anderem gekommen ist, zeigt ein Beitrag von Thilo Bode und Katja Pink „Die Finanzkrise als Demokratiekrise“ in der letzten Ausgabe von „Blätter“ (Heft 6/2010, S. 45 ff.) (www.blaetter.de).

Aus diesem Beitrag heraus wird nicht nur deutlich, warum der Wille zur Aufklärung der Finanzkrise in der Bundesrepublik nicht sonderlich ausgeprägt ist, sondern auch, dass der Staat seine verfassungsrechtliche Aufgabe, als politische Ordnungsmacht im öffentlichen Interesse tätig zu werden, weitgehend aufgegeben hat.

Dazu hat der Staat selbst wesentlich beigetragen, in dem er sich zum Sprachrohr der Banken und Kooperationspartner der Finanzbranche gemacht hat (er ist zum Beispiel Mitglied in den Organisationen „Initiative Finanzstandort Deutschland“ (www.ifd.de) und „True Sale International GmbH“ (www.tsi.de)). Die Autoren zeigen auf, dass unsere Demokratie eine Schräglage bekommen hat: „Er (der Staat) war es, der die Entstehung der Finanzkrise zugelassen hat“ und „Der Kollaps des Bankensystems und die drastische Staatsverschuldung ist vielmehr eine Krise der Demokratie.“ (S. 55)

Ich denke, zu einer humanen Wirtschaft gehört auch zwingend eine funktionsfähige Demokratie, die nicht zum Partner starker wirtschaftlicher Interessengruppen werden darf.

Dietrich Henniger

Vielen Dank für die sehr gelungene Ausgabe der HUMANEN WIRTSCHAFT 4/ 2010. Sie wurde mir empfohlen. Ich habe sie verschlungen ... Könnte ich zu Werbezwecken vielleicht 5 Ausgaben davon bekommen?

Fritz Günter

Zu Stefan Fuchs: Das Geld ist nie da, wo es gebraucht wird?

Wenn das Geld nicht kreisen will, stehen alle Räder still! Fehlsteuerungen der Geldmengen führen immer wieder zu den berüchtigten Finanzkrisen! Das 20. Jahrhundert gehörte zu einem Zeitalter der größten Entwicklungen technischer Art und auch zu den größten menschlichen Katastrophen. Die Arbeitsmärkte schrumpften, es kam zum Stillstand in vielen Branchen. Die kleinen Geldanleger verloren große Summen ihrer Vermögen, während Spekulantanten sich bereichern konnten.

Geld soll den Menschen dienen, und nicht umgekehrt! In Bezug auf das Geldwesen gibt es eine große Unsicherheit, ja, da besteht eine Bildungslücke. Bei der Beurteilung der Finanzwirtschaft stehen Politiker und andere „Experten“ sprichwörtlich auf dem Schlauch. Und doch, Entwicklungen sind möglich zum Wohle einer geordneten Marktwirtschaft. Die

Euphemismus „Sparen“

durch einen Leserbrief oder einen Hörerbeitrag im Rundfunk bin ich auf die Wandlung des Begriffsinhaltes für das Wort SPAREN aufmerksam geworden.

Früher bedeutete das Sparen, etwas beiseite zu legen. Da war also etwas, was man für später aufheben und dann erst verwenden wollte. Heutzutage wird der Begriff Sparen beschönigend eigentlich synonym für STREICHEN von Leistungen verwendet. Vielleicht könnten Sie, wenn nicht bereits geschehen, mit dazu beitragen, dass die Dinge wieder beim richtigen Namen genannt werden.

Herzliche unsparame Grüße Cornelia Breidenbach

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift ist nach meiner Einschätzung wieder sehr gut gelungen. Die exakten und gut verständlichen Darstellungen von Helmut Creutz und die «Binsenweisheiten» von Günther Moewes boten mir gute Argumente bei Urlaubsdiskussionen mit Freunden und Bekannten über die aktuellen Probleme. Ich hoffe, neue Mitstreiter gefunden zu haben.

Hartmut Bethge

beste Idee der letzten 100 Jahre ist die Humanwirtschaft!

Die Humanwirtschaft, auch als Freiwirtschaft bekannt, ermöglicht einen gesicherten Geldumlauf, der viele Arbeitsplätze aufbaut. Es entsteht eine Konjunktur ganz ohne Wachstumszwang, die Reallöhne steigen an, zu Lasten von leistungslosen Zinseinkünften! Leistung wird sich wieder lohnen durch ein stabiles Preisniveau und niedrige Steuern. Inflationsgefahren werden durch ein zu schaffendes Währungsamt, welches die Geldmenge nach dem Großhandels-Index zu steuern hat, ausgeschlossen. Eine Unterversorgung der Geldmenge wird durch zinsfreie Notenausgabe, mit einem Verfalldatum, ausgeglichen! Die Politik der EZB, sich selbst als eine Bad-Bank (die mit Schrottpapieren umgeht) zu betätigen, ist absolut unsinnig! Joachim Kretschmer

Zu Ausgabe 4-2010

Die letzte Ausgabe ist wirklich hervorragend umfassend gelungen. Die Bewusstmachung, dass wir alle, einzeln und als Gemeinschaft, David sind und uns gegenüber ein Goliath steht, – aber auf tönernen Füßen – ist unser Grundanliegen. Um den Krebs des Reichtums zu erkennen, ist viel Aufklärung, Bewusstwerdung und eigene Hinterfragung nötig. Aber auch die Selbsterfahrung mit Regionalwährungen sind wichtige Erkenntnisse auf dem Erstarkungsweg des David. Paul Jorion leistet mit der Aufklärung über die Mechanismen der Geldanhäufung, des „Falschgeldes“ und des Kreditwesens Wesentliches über unsere Verstrickungen.

Absolute Spitze ist der Beitrag von Robert Pawelke-Klaer. Seine ethisch, psychologisch, buddhistisch-religiösen Denkansätze sollten wir uns alle zu Herzen nehmen. Weil dem leider nicht so ist, konnte sich auch der freiwirtschaftliche Lösungsansatz nicht verwirklichen. Der Autor spricht von Verteilungsmittel, statt dem alten Tausch oder dass Arbeit Ausdruck menschlichen Lebens ist – alle Achtung. Bitte diese Ansätze weiter verfolgen und mit allen möglichen Partnern, Ethikinitiativen, Kirchen usw. zu vernetzen suchen.

Andreas Eugster, Dicken in der Schweiz



Zur Umlaufsicherung der Banknoten im Heft 2/2010 von Thomas Selmann

Die Idee mit dem Gültigkeitsdatum stimmt und der Vorschlag scheint leicht anwendbar zu sein.

Ich würde aber gerne noch folgende Ergänzungen anbringen, es sind nur Details, aber „der Teufel sitzt im Detail“:

- 1) Dem aktuellen enormen Überhang von barem Geld muss bei der Einführung von umlaufsicHERen Scheinen Rechnung getragen werden. Wie Helmut Creutz anhand von Bundesbankdaten nachweist, laufen 90% des Bargeldes nicht um. Das betrifft vor allem die großen Scheine, 500, 200 und 100 Euro-Noten. Aber wahrscheinlich auch die kleineren Scheine in geringerem Verhältnis.
- 2) Bei einer Umstellung kann diesem Umstand insofern Rechnung getragen werden, als die alten Scheine auf keinen Fall sofort aus dem Verkehr gezogen werden dürfen, um sie durch umlaufsicHERE zu ersetzen.
- 3) Weil die 100, 200 und 500 Noten eigentlich kaum umlaufen, so meine ich, dass die Idee dahingehend ergänzt werden muss, diese großen unwirksamen Scheine einfach links liegen zu lassen. Der angerichtete Hortungsschaden dieser gigantischen Geldhortung ist gewissermaßen schon „verschmerzt“.
- 4) Es wäre daher das Ziel schon erreicht, wenn ausschließlich 50, 20, 10, 5 (und vielleicht 1 Euro) Noten mit dem Gültigkeitsdatum zu versehen und gleichzeitig einfach keine großen Scheine mehr angefertigt werden.
- 5) Wohlgermerkt, alle alten Scheine sollen volle Gültigkeit behalten, sodass sie umso langsamer enthortet werden als die neuen Scheine natürlich sehr effizient umlaufen.
- 6) Der Rückgang der alten Scheine zu den Banken und der Zentralbank würde deren Ausscheiden so notwendigerweise marktkonform vornehmen, denn es sollen ja keine Dauerscheine mehr aus den Banken herauslaufen.
- 7) Auch die Banken würden da zwanglos mitmachen, weil diese ja immer bevorzugt die befristeten Scheine in die Geldautomaten füttern werden, eben weil die alten ihnen bei der Zentralbank voll und wertbeständig zurückgenommen werden, zur dortigen Entsorgung.
- 8) Diese Überlegungen lösen auch das Problem der Münzen, eben weil, nach dem von Gesell erwähnten Geshamschen Gesetz das umlaufsicHERE Geld noch allemal weit mehr umsetzen wird als das Dauergeld. Gewissermaßen würde die Reform sogar greifen, wenn also nur ein Teil davon umlaufgesichert würde.
- 9) Am Ende würde vorwiegend das umlaufgesicherte Geld nachfragewirksam auftreten.

Auf alle Fälle unterstütze ich diesen Ansatz.

Johannes Finckh, Bordeaux

Fachbeiträge und Begriffsschärfe

zuerst: Riesenkompliment für diese tolle Zeitschrift. Sie hat in der freiwirtschaftlichen Bewegung – meiner Meinung nach – eine Lücke gefüllt! Nun möchte ich zu einigen mir aufgefallenen Gegebenheiten Stellung beziehen.

1. Juergen Kremer und sein Artikel zur Unternehmenstheorie

Ein Leser kritisierte, dass dieser – zugegeben auf sehr hohem Niveau befindliche – Artikel der Zeitschrift schade. Ich hingegen halte es für sehr wichtig, dass auch solche Artikel abgedruckt werden. Ich persönlich verstehe die ‚Humane Wirtschaft‘ als Fachzeitschrift die, sowohl für Einsteiger, als auch für Fortgeschrittene interessante und wichtige Inhalte liefert. Dazu gehören für mich auch Fachartikel, die – wie der Besagte – auch auf komplexere Zusammenhänge eingehen.

2. Der Begriff Umlaufsicherung

Ich meine, dass eine gewisse Begriffsschärfe – wofür ich Helmut Creutz sehr schätze – sehr wichtig für unsere Idee. Der Begriff Umlaufsicherung wird – und das auch bei vielen Fachautoren – häufig im Sinne von Geldhaltegebühr verwendet. Besonders deutlich ist mir das wieder im Cover der Ausgabe 02/ 2010 aufgefallen. Faktisch ist dies jedoch falsch. Eine Umlaufsicherung ist etwas das – wie der Name schon sagt – den Umlauf des Geldes sichert! Die Inflation ist also eine Umlaufsicherung, die Geldhaltegebühr auch. Doch sogar der ZINS ist eine UMLAUFSICHERUNG!

Wenn dies in Zukunft sowohl bei der Redaktion, als auch bei den Autoren mehr Beachtung fände, wäre ich sehr dankbar.

Lukas Hack

Lyrik
Sommer
Lyrik

<p>Am Abend schweigt die Klage des Kuckucks im Wald. Tiefer neigt sich das Korn, der rote Mohn.</p> <p>Schwarzes Gewitter droht über dem Hügel. Das alte Lied der Grille erstirbt im Feld.</p>	<p>Nimmer regt sich das Laub der Kastanie, auf der Wendeltreppe rauscht dein Kleid.</p> <p>Stille leuchtet die Kerze im dunkeln Zimmer. Eine silberne Hand löschte sie aus.</p> <p>Windstille, sternlose Nacht.</p> <p style="text-align: right;">Georg Trakl</p>
--	---



Erfahrungen mit Politik und Freiwirtschaft

Es gibt Menschen, die sich nicht nur für sich verantwortlich fühlen, sondern auch für ihre Familien, Ihr Umfeld, Ihre Gemeinde, ja bis hin zur Menschheit. Wenn diese Menschen feststellen, dass es zu gravierenden ökonomischen Problemen Lösungen gibt, überlegen sie, wie die Lösungsvorschläge zum Zuge kommen können. Ja es gibt sogar Menschen, die bereit sind, die Durchsetzung von Lösungsstrategien zu ihrem Beruf zu machen.

Als ich 1966 mit dem Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik Hamburg fertig war, war ich – so wie meine Kommilitonen bei der SPD, anderen Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und auch Unternehmen – bereit, in und mit der FSU zu arbeiten. (An anderer Stelle habe ich ja berichtet, dass der gescheiterte Niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Glogowski mein Kommilitone war¹). Ich habe mir eine kränkende Abfuhr von der FSU geholt und dann trotzmeiner sozial miserablen Lage zu Lasten meiner Familie von Bremerhaven aus die Gründung der Liberal Sozialen Partei zusammen mit Karl-Heinz Ventker aus Osnabrück angeschoben. (Ich hatte Ekkehard Lindner von meiner Idee berichtet, der dann sagte, dass da noch einer ist, der solche Vorstellungen hegt.)

Als mir klar wurde, dass mit einer leeren Portokasse zu der Zeit ein nennenswerter Erfolg nicht zu erzielen war, habe ich die Auflösung betrieben und mich der FDP angeschlossen, nachdem Erich Mende als Vorsitzender abgetreten war. Natürlich habe ich mich mit großem Einsatz bemüht, unsere Idee in die F.D.P. einzubringen. Ich habe noch ein Bild, wo meine damals noch kleinen Kinder an einem NWO-Büchertisch auf einem FDP-Landesparteitag standen.

Als das alles nichts brachte, habe ich mich mit anderen Freunden in der GLU und bei den GRÜNEN engagiert. Erfolglos.

Ich kann also nachempfinden, wenn auch heute NWO-Freunde glauben, über eine eigene oder eine der anderen Parteien die Freiwirtschaft in die Politik einfädeln zu können, damit sie gesellschaftliche Realität wird. Und trotzdem

halte ich diesen Weg für falsch, nicht weil meine Versuche enttäuschend waren, sondern letztlich, weil die Parteien nur das durchsetzen können, was in genügend großem Umfang in der Bevölkerung verankert ist.

Warum haben die CDU und die FDP denn heute so viel Schwierigkeiten und ihre Stammwähler verloren? Das ökonomische Weltbild, dass die SPD-Wähler hatten, ist zusammen gebrochen. Und für die CDU hat die Idee von der Sozialen Marktwirtschaft, die durch die realen Entwicklungen immer mehr zur Lügenpropaganda wurde, ihre Anziehungskraft verloren. (Nebenbei: In dem Buch „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“, wird die Soziale Marktwirtschaft als Dritter Weg verstanden.) Gelänge es, irgendein Element der Freiwirtschaftsschule in eine (erfolgreich gewählte) Partei zu implementieren, dann müssten wir doch gleich ein Dutzend Programmpunkte mit unterschreiben, die uns gegen den Strich gehen. Rot-rot-grün ist für mich eine Unbehagen auslösende Vorstellung, nicht wegen der Mitglieder, die sind so gut und schlecht wie wir, sondern wegen des Ideenkonglomerats, was dann zur politischen Wirkung kommt. Vielleicht sollten wir doch mehr auf die Altvorderen hören. Franz Oppenheimer hält den Verfassungsstaat in seinem Buch „Der Staat“ (1907/1990) auch noch für einen Klassenstaat, solange nicht die reine Ökonomie zur Herrschaft kommt. Die politische Ökonomie ist für ihn ein Instrument zur Durchsetzung von Klasseninteressen und die Parteien Vertreter dieser Klasseninteressen. (Ich sehe sie mehr als politische Anwaltsvereine, die sich unter den Wählern ihr Klientel suchten und in ihren Programmen das sagten, womit sie glauben die Beauftragung zu finden.) „Aber die Plebs hat begriffen, dass nicht – wenigstens nicht mehr – in diesen Resten der feudalen Machtpositionen die Zitadelle der Gegner zu suchen ist. Nicht politische, sondern wirtschaftliche Ursachen müssen es sein, die es bewirken, dass auch im modernen Verfassungsstaate sich die Verteilung grundsätzlich nicht geändert hat.“ (Seite 127) Dieser Aussage von Oppenheimer kann insofern auch heute zugestimmt werden, wie die politische Öffentlichkeit den Vorrang der Ökonomie vor der Politik beklagt. Warum das so ist, davon haben die wenigsten eine Ahnung. Hier ist unser Ansatzpunkt der politischen Wirkung durch Aufklärung. Hier haben wir Phantasie zu zeigen und Können zu entwickeln. Es gibt noch viel zu bedenken und zu tun.

Tristan Abromeit

¹ Siehe: Agenda Niedersachsen 2001; Der Ministerpräsident – Schuldenverwalter oder ein Gesellschaftsverwalter? Offener Brief vom Oktober 1999 für den Ex-Kommilitonen Herrn Gerhard Glogowski, Niedersächsischer Ministerpräsident, <http://www.tristan-abromeit.de>